

PRESSEMITTEILUNG des Bezirks Berlin-Brandenburg

Wirtschaft setzt auf Billiglöhner statt auf Ausbildung

18. März 2014

Auf Unverständnis und Gegenwehr stößt die Forderung der Wirtschaftsverbände und der Bundesarbeitsministerin, junge Menschen vom Mindestlohn auszunehmen: Zum einen wäre dies europarechtlich eine unzulässige Altersdiskriminierung, zum anderen öffnete dies das Tor zu prekären Jobs für Jugendliche. Auch wenn schnelles Geld reize, entschieden sich bereits heute nahezu 100 Prozent der jungen Menschen für Ausbildung oder Studium, so Doro Zinke, Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin und Brandenburg. „Junge Menschen denken an ihre Zukunftsperspektive, weil sie wissen, dass ohne qualifizierte Ausbildung oft nur schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs auf sie warten“, so Zinke. Das schwerwiegende Problem in der Region sei, dass nur noch zwischen 13 und 15 Prozent der Betriebe ausbildeten, weil sie sich vor der Verantwortung für die Fachkräfteausbildung drückten.

In Berlin und Brandenburg arbeiteten rd. 25 Prozent der Menschen im Niedriglohnsektor, da müsse endlich eine Lohngrenze eingezogen werden, damit nicht Armut zum lebenslänglichen Wegbegleiter werde, so Zinke. Der **Wissenschaftliche Dienst des Bundestags** stellte im Übrigen in einer Expertise fest, dass Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit eines Mindestlohngesetzes angebracht seien, sollten einzelne Beschäftigtengruppen vom Mindestlohn ausgenommen werden. Ähnlich äußerten sich Gutachter des **Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI)**. Ein Spiel auf Zeit verbiete sich jetzt im Bundestag, die Beschäftigten bräuchten händeringend den Mindestlohn, der in der Mehrheit der EU-Staaten inzwischen zum Alltag gehöre, so die DGB-Vorsitzende.

Bezirkspressestelle

PM 11/14
Dieter Pienkny, Mediensprecher,
030, 21240-111